

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei **Krupski (C. H. Krupski & Co.)**
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn **H. Spindler**,
Markt- u. Friedhofstr. Ecke 4,
in Grätz bei Herrn **F. Streifand**,
in Frankfurt a. M.:
G. J. Paube & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau:
in Posen, Gnesen,
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hausmann & Vogler,
in Berlin:
A. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: **Emil Kahl**.

Nr. 557.

Dienstag, 28. November

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. Nov. [Reichstag.] Das Festungsrayongesetz wird in dritter Verlesung genehmigt. Delbrück erklärt, der Bundesrath habe dem Gesetz, wenn auch nicht ohne Bedenken in der Fassung der Kommission zugestimmt. Die Verlesung des Militärstatuts, sowie der Strafgesetz-Novelle werden von der Tagesordnung abgelehnt. Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 27. Novbr. Das Syndikat für die niederläufiger Bank beabsichtigt die Einführung der Aktien an der Börse Anfangs Dezember vorzunehmen. In Folge bedeutender Aufträge hierauf aus der Provinz hat sich dasselbe genöthigt gesehen, schon heute größere Posten mit 104 bis 104½ abzugeben, so daß am Einführungstage das Syndikat keine große Summe mehr abzugeben haben wird (?).

Koblenz, 27. Nov. Ihre Maj. die Kaiserin ist heute Morgen 10 Uhr nach Kassel abgereist. Bei der Abfahrt hatten sich die Spitzen der Civil- und Militärbehörden zur Verabschiedung am Bahnhofe eingefunden.

Kassel, 27. November. Ihre Maj. die Kaiserin ist heute um 3¼ Uhr Nachmittags hier eingetroffen und im Palais am Friedrichsplatz abgestiegen. Ihre Majestät wurde von der Bevölkerung mit großem Enthusiasmus begrüßt. Viele Häuser haben geflaggt.

Braunschweig, 27. Nov. Nach dem heute verkündigten Urtheil im Prozesse der Sozialdemokraten wurden gegen Bracke und Bonhoff 16, gegen Speier 14 und gegen Kühn 5 Monat Gefängnis erkannt.

Stuttgart, 27. Nov. Graf Beust ist auf der Durchreise nach London heute hier angekommen und wird bis morgen hier verweilen.

Sternberg, 27. Novbr. Die Landschaft machte heute der Landesversammlung Mittheilung von dem Vortrage an die beiden Großherzöge, welcher in Angelegenheit der Verfassungsreform am 19. October auf dem Konvente in Rostock beschloffen worden war. Die Deputirten Rostocks erklärten, an dem Konvente nicht theilgenommen zu haben.

Wien, 27. Novbr. Die in Folge des Rücktritts Grocholskis mit dem Grafen Bodzicki eingeleiteten Unterhandlungen wegen dessen Eintritt in das Kabinett sind, wie die heutigen Abendblätter berichten, wieder abgebrochen. — Die „Wiener Abendpost“ meldet, daß eine Konvention betreffend den Markenschutz für die Dauer von 10 Jahren vorgeschlagen zwischen Graf Andrássy und dem amerikanischen Gesandten unterzeichnet worden sei. — Das Portefeuille des eisleithanischen Finanzministeriums wird, wie die „Montags-Revue“ vernimmt, voraussichtlich Bresl übergeben.

Wien, 27. November. Die Verhandlungen zwischen dem Fürsten Auerberg und den Polenführern sind gescheitert. Auerberg sagte die Konzeptionen zu, dieselben Potocki und Hohenwart gemacht, verweigerte jedoch jede Unterstützung neuer Forderungen. In Folge dessen sind die polnischen Führer nach Galizien abgereist. — Graf Ludwig Bodzicki lehnte die Annahme des galizischen Ministerpostens ab. — Die Ausschreibung direkter Reichsrathswahlen für Galizien ist wahrscheinlich. — Die heute Abend erscheinende „Neue Fr. Presse“ meldet, daß trotz des Dementis des Bukarester Amtsblattes eine Ministerkrise in Rumänien bevorsteht. — Der Reichsrath tritt am 28. Dezember zusammen. Die Wahlkategorien haben überall mit größter Lebhaftigkeit begonnen. — Von deutscher Seite ist das Regierungsprogramm sehr günstig aufgenommen worden; die deutschen Vereine senden der Regierung Vertrauensadressen. — Brestel, der bisher ablehnte, wird nun doch das Finanzportefeuille übernehmen. — Wie von gut unterrichteter Seite berichtet wird, soll diesmal die energische Durchführung der Verfassung beabsichtigt sein. — Die an der heutigen Börse stattgehabte Kreditaktien-Hausse war durch das Gerücht hervorgerufen, daß das ungarische Eisenbahngesetz eine bessere Wendung genommen habe. Das ungarische Ministerium nahm angeblich Vertragsmodifikationen vor, mit denen die Kreditanstalt einverstanden war. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Paris, 26. Novbr. Zwischen dem Grafen Harcourt und Thiers findet ein lebhafter Depeschwechsel statt. Der Botschafter meldet, daß der Papst als Ultimatum die Frage gestellt habe: ob Frankreich ihm offiziell die Aufnahme im Schloß Pau zusagen wolle, oder nicht? Jede nichtoffizielle oder von Privaten ausgehende Einladung (nach Korsika oder den Hyerischen Inseln) hat der Papst zurückgewiesen. Thiers hat sich noch nicht entschieden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Paris, 27. Nov. „Journal officiel“ erklärt, indem es eine frühere Mittheilung berichtigt, daß Quittungen oder Bordereaux betreffend die Bezahlung von Staatsrenten der Stempelsteuer von 10 Cts. nicht unterworfen sind. — Graf Remusat hat gestern seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Brüssel, 27. Nov. „Moniteur Belge“ veröffentlicht einen königlichen Erlaß, durch welchen das Demissionsgesuch des Defers als Gouverneur von Limburg angenommen wird.

London, 27. Nov. Es wird eine neue Zinsfußreduktion erwartet. — Englische Firmen haben für 11 Millionen Pfund im Januar und Februar fällig werdende Anweisungen der von Frankreich zu zahlenden Kriegskonttribution akzeptirt. — Es wird hier behauptet, daß die weitere Entwerthung der französischen Banknoten lediglich den englischen Geldmarkt beeinflussen würde. — Eine Arbeiterversammlung faßte den Beschluß, jeder beliebigen Parlamentspartei sich anzuschließen, welche den Arbeitern zur Durchsetzung der 7 in ihrer Adresse ausgesprochenen Forderungen behilflich sein würde. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Rom, 26. Nov. Eine große Anzahl von Senatoren, Deputirten und Fremden sind anlässlich der bevorstehenden Parlaments-Eröffnung bereits eingetroffen. — General Medici hat das Kommando in Palermo übernommen, wo er von der Bevölkerung sympathisch empfangen wurde. — Der Papst hat die Versammlung der Riten-Kongregation auf den

5. Dezember hinausgeschoben. — Wie das Journal „Fanfulla“ meldet, haben die oberen geistlichen Korporationen Roms dem Papste die beabsichtigte Kollektivadresse nunmehr überreicht, worin sie die Bitte aussprechen, der Papst möge den Vatikan nicht verlassen. Die Adresse führt aus, wie die Anwesenheit des heiligen Vaters in Rom die bevorstehende Ausführung des Gesetzes über die geistlichen Korporationen maßvoller gestalten, und der Papst nicht nur auf das Wohlwollen der europäischen Mächte, sondern auch auf die Sympathien vieler Italiener rechnen könne. — Dasselbe Blatt schreibt, der Papst habe in Folge dieser Bitte die Idee, den Vatikan zu verlassen, aufgegeben. Der französische Geschäftsträger Saybe ist hier eingetroffen. Ritter v. Nigra begiebt sich wieder auf seinen Posten nach Paris.

Konstantinopel, 27. November. Jusuf Bey wurde an Stelle Sadat Paschas zum Finanzminister ernannt. Andere Veränderungen im Ministerium dürften vor dem Beiratsfeste nicht stattfinden.

Bukarest, 26. Nov. Die am 21. d. gemeldete Ministerkrise wurde nur durch das Einschreiten mehrerer Führer der Kammermajorität hinausgeschoben. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Eröffnung des preussischen Landtages.

Berlin, 27. November. Die Eröffnung des Landtages erfolgte heute Mittag 1 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses durch Se. Maj. den Kaiser und König. Die Versammlung war mit Rücksicht darauf, daß gleichzeitig der deutsche Reichstag tagte, bei der großen Zahl der Mitglieder der beiden Häuser des Landtags und durch die Zuziehung der Wirklichen Geheimen Räte und der Generalität, von auffallender Stärke und jenem Glanz mannigfacher Uniformen, der schon so oft beschrieben ist und jedesmal das Erscheinen der Zuschauer auf der kleinen und leider stets überfüllten Tribüne hervorruft. In der Hofloge befanden sich die Prinzessin Friedrich Karl und die Großfürstin Helena, in der Diplomatengalerie die Vertreter Rußlands, Spaniens, Dänemarks und der Vereinigten Staaten. Als der König, der die Uniform seines Kürassier-Regiments trug und vom Kronprinzen (in der Uniform seines Kürassier-Regiments), den Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Georg und Alexander, dem Prinzen August von Württemberg und dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg begleitet wurde, in den Saal trat, der ziemlich dunkel war, wurden mit einem Schalle die Kerzen auf den beiden Kandelabern zu Seiten des Thrones und auf den Armleuchtern an der Wand hinter demselben angezündet, so daß zum ersten Male, seitdem es eine Landesvertretung in Preußen giebt, die Verlesung der Thronrede bei Licht stattfand, welches seinen Glanz auf den Thron und dessen Umgebung beschränkte. Graf Stolberg rief: Se. Maj. der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, er lebe hoch! in welchen Ruf die Versammlung mit Begeisterung einstimmte. Der König bestieg den Thron, auf dessen Stufen der Kronprinz Stellung nahm, empfing aus den Händen des Kriegsministers v. Moos, der den wegen Unwohlsein abwesenden Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck vertrat, die Thronrede und verlas sie bedeckten Hauptes. Sie lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Indem ich zum ersten Male nach den großen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit den Landtag der Monarchie wieder Selbst begrüße, darf ich vor Allem der hohen Genugthuung darüber Ausdruck geben, daß an den Ehren und Erfolgen dieser denkwürdigen Zeit dem preussischen Volke ein so hervorragender Antheil zugefallen ist. Die Wehrkraft Preußens, deren Ausbildung ich seit dem Beginn meiner Regierung als eine der höchsten Aufgaben Meines königlichen Berufs erkannt habe, sowie der altpreussische Geist sittlicher Zucht, fester Treue und patriotischer Hingebung haben eine glänzende Probe bestanden. Es drängt mich, Meinem Volke vor seinen Vertretern nochmals Meinen freudigen Dank für seine erhabene Haltung auszusprechen.

Während dem neu erstandenen Deutschen Reiche, dessen Kaiserwürde mit Meiner und meiner Nachfolger Krone verbunden ist, fortan die Pflege der nationalen Macht und Sicherheit zufällt, wird sich die Vertretung des preussischen Volkes in Gemeinschaft mit Meiner Regierung um so zuverlässiger der heilsamen Ausbildung der inneren Einrichtungen der Monarchie widmen können.

Aus dem Entwurf zum Staatshaushaltsetat für 1872 werden Sie erleben, daß die Finanzlage Preußens ungeachtet der Opfer, welche der gewaltige Krieg erheischt hat, eine in hohem Maße befriedigende ist.

Die Schwierigkeiten, mit welchen die Finanzverwaltung vor einigen Jahren zu kämpfen hatte, sind bereits im Jahre 1870 überwunden worden. Einer weiteren günstigen Entwicklung geht die Finanzlage unter der Einwirkung der Kriegserfolge entgegen.

Die durch Reichsgesetz angeordnete Bildung eines Reichskriegsschatzes überhebt Preußen der Nothwendigkeit, noch ferner einen Staatsschatz zu unterhalten. Es werden Ihnen Gesetzentwürfe zugehen, wonach der hierdurch verfügbare Bestand des Staatsschatzes, sowie einige außerordentliche Einnahmen zur Tilgung von Staatsschulden verwendet werden sollen.

Die in solcher Weise für den Staatshaushalt erwachsende Entlastung, ferner die mit dem lebhaften Aufschwunge des Verkehrs Hand in Hand gehende Steigerung der Erträge aus wichtigen Einnahmequellen des Staates, endlich das Vorhandensein eines erheblichen Ueberschusses aus dem abgelaufenen Finanzjahre werden es möglich machen, im Jahre 1872 den Bedürfnissen auf allen Gebieten der Staatsverwaltung in weitem Umfange gerecht zu werden.

Vorzugsweise hat Meine Regierung der Thatsache ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen, daß die Besoldungen der Staatsbeamten in ein von Jahr zu Jahr steigendes Mißverhältniß zu den Anforderungen getreten sind, welche bei dem Stande aller Preisverhältnisse die Befriedigung der Bedürfnisse des Lebens und der Stellung an sie richtet. Es wird Ihnen der Plan zu einer umfassenden Erhöhung der Beamtenbesoldungen vorgelegt werden. Ich vertraue, daß Sie bereit sein werden, durch Bewilligung der dazu nöthigen Mittel einem Zustand Abhilfe zu schaffen, aus dessen Fortdauer ernste Gefahren und Schäden für die Staatsverwaltung entstehen müßten.

Sie werden Vorlagen erhalten, welche bei einzelnen Steuern Er-

leichterungen herbeizuführen bestimmt sind, und es wi Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen die Einrichtungen und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer gesetzlich geregelt werden sollen.

Der nach dem Abschlusse des Friedens eingetretene überaus lebhaft Aufschwung des Handels und der Gewerbe erheischt die Herstellung neuer Verkehrswege, insbesondere eine weitere Ausbildung der Eisenbahnen. Der Bau einiger als nothwendig erkannten Bahnen für Rechnung des Staates, und eine Vermehrung des Betriebsmaterials auf den Staatsbahnen ist in Aussicht genommen; eben so die Gewährung reichlicherer Mittel für Land- und Wasserwege und für Landes-Meliorationen aller Art.

Wiederholt werden Ihnen Vorlagen über den Erwerb des Grundeigentums und über das Hypothekenrecht gemacht werden. Nachdem die Finanzlage es gestattet hat, die Kosten für die Geschäfte bei dem Grundbuche zu ermäßigen, ist zu hoffen, daß es jetzt gelingen werde, diese wichtige, seit langer Zeit angestrebte Reform nunmehr zum Abschlusse zu bringen.

Die Aufgaben der inneren Verwaltungsreform werden erneut den Gegenstand ihrer Beratungen bilden. Es wird Ihnen der Entwurf der Kreisordnung für die östlichen Provinzen, nachdem derselbe mit Rücksicht auf die früheren Erörterungen in mehreren Theilen Abänderungen und Ergänzungen erhalten hat, wieder vorgelegt werden. Meine Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß es dem gemeinsamen ernstlichen Willen gelingen werde, über das wichtige Organisationsgesetz, welches zugleich die Grundlagen weiterer Reformen enthält, zur Verständigung zu gelangen.

Inzwischen ist die kommunale Selbstverwaltung der Provinzen in einer erfreulich fortschreitenden Entwicklung begriffen; die zur Führung einer einheitlichen Verwaltung der provinziellen Angelegenheiten geeigneten Organe sind auf Grund der bestehenden Gesetze bereits in der Mehrzahl der Provinzen geschaffen.

Gegenüber den Bewegungen, welche auf dem Gebiete der Kirche stattgefunden haben, hält Meine Regierung daran fest, der Staatsgewalt ihre volle Selbstständigkeit in Bezug auf die Handhabung des Rechts und der bürgerlichen Ordnung zu wahren, und zugleich neben der berechtigten Selbstständigkeit der Kirchen und Religionsgesellschaften die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Einzelnen zu schützen. Behufs verfassungsmäßiger Durchführung dieser Grundsätze werden Ihnen besondere Vorlagen zugehen, welche die Gleichstellung, die Regelung der Zivilstands-Verhältnisse und die rechtlichen Wirkungen des Austritts aus der Kirche zum Gegenstande haben.

Einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufbringung der Synodalkosten, empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit um so mehr, als der Staat der Evangelischen Kirche noch immer die Ausführung des Art. 15 der Verfassungs-Urkunde, verbunden mit den dazu nöthigen Einrichtungen, schuldet und dieses Gesetz nur eine nothwendige Vorbedingung dazu ist. Auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts wird die Verwendung sehr beträchtlicher Mittel in Anspruch genommen, um viele bisher zurückgebliebene Bedürfnisse nunmehr zu befriedigen.

Die von der Verfassungs-Urkunde geforderte Vorlage eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes wird auch in dieser Session erneuert werden, nachdem die bei den früheren Beratungen stattgehabten Erwägungen und die Erfahrungen der letzten Jahre bei der Revision des Entwurfes eingehende Berücksichtigung gefunden haben. Ein Spezialgesetz über die Beaufsichtigung der Schulen bezweckt die beschleunigte Abhilfe eines als vorzugsweise dringend erkannten Bedürfnisses.

Meine Herren! Die Aufgaben, welche Ihrer harren, sind umfassend und von hoher Bedeutung für die Entwicklung unserer inneren Zustände. Ihre Arbeiten werden segensreich sein, wenn sie von dem Geiste des Vertrauens und willigen Zusammenwirkens geleitet werden, welcher Mein Volk in der jüngsten großen Zeit erfüllt hat.

An zwei Stellen, die von der Entlastung des Staatshaushaltes und von dem Schutze der Wissenschaften handeln, wurde die Thronrede von dem Beifall der Versammlung unterbrochen. Der König verließ, nach allen Seiten hin freundlich grüßend, unter begeistertem Zuruf, den Präsident v. Forckenberg durch seinen Hochruf anregte, den Saal, nachdem der Kriegsminister „auf Befehl Sr. Maj. des Königs“ die Sitzungen des Landtages für eröffnet erklärt hatte.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 28. November

— Fast unmittelbar vor Thoreschluß bringt die Regierung noch das Gesetz in den Reichstag ein, welches durch den fast einstimmigen Beschluß desselben veranlaßt ist, daß den Kreisen und Gemeinden die Unterstützungen, welche dieselben an die Familien hilfsbedürftiger Reservisten und Landwehrmänner gewährt haben, zurückerstattet und die Mittel hierfür den einzelnen Staaten aus der Kriegsschädigung zu Gebote gestellt werden sollen. Die Höhe der Summe ist im Gesetzentwurf nicht angegeben; das Gesetz befolgt alle in der Resolution des Reichstages ausgesprochenen Grundsätze. Es scheint offenbar in den Regierungskreisen Zweifel darüber obgewaltet zu haben, meint die nationalliberale Korrespondenz, ob dieses Gesetz noch in der gegenwärtigen Session einzubringen sei, da sonst damit nicht bis zu einem Zeitpunkte gewartet worden wäre, in welchem eigentlich auf ein Zusammenfinden des Reichstages nicht mehr hätte gerechnet werden können. Welche Gründe zuletzt den Ausschlag gegeben haben, läßt sich nicht übersehen. Vielleicht wirkte der Umstand mit bestimmend, daß gleichzeitig das Gesetz über das dreijährige Pauschquantum für den Militär-Etat eingebracht wurde. Noch in der Freitags-Sitzung des Reichstages hatte der Präsident des Bundeskanzleramts Staatsminister Delbrück erklärt, daß ein Beschluß, 1,220,000 Thlr. für Marinezwecke nicht auf die Marine-Anleihe von 1867, sondern auf die Kriegsschädigung anzuwenden, die Ausführung des erwähnten Reichstagsbeschlusses vereiteln möchte. Der Reichstag hatte sich dadurch nicht beirren lassen, sondern die betreffende Ausgabe auf die Kriegsschädigung angewiesen. Um so erfreulicher ist es, daß die Regierung unmittelbar darauf das Gesetz ganz in Gemäßheit des Reichstagsbeschlusses eingebracht hat.

Ver mis ch tes.

* Die römischen Frauen aus allen Klassen traten in voriger Woche zu einem Verein zusammen um mit gleichgesinnten im übrigen

